

BastA!

Basels starke Alternative

NEUES POLIZEIGESETZ

Menschenrechte schützen: Willkürparagraph verhindern!

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel

DIE GEDANKEN SIND ~~FREI~~ STRAFBAR



Im neuen Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) wird neu definiert, was "eine terroristische Aktivität" darstellen soll. Diese Definition wurde so schwammig formuliert, dass neu selbst politisch motivierte Angstmache genügt, damit eine Person als Terrorist*in gelten kann. Weiter erlauben die darin beschlossenen Massnahmen weitreichende Beschränkungen von Grund- und Menschenrechten, die der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der UN-Kinderrechtskonvention widersprechen.

Keine Strafe ohne Straftat!

Die Massnahmen im Gesetz werden nicht von einem Gericht, sondern von der Bundespolizeibehörde Fedpol auf blossen Verdacht hin angeordnet. Um als Terrorist zu gelten, müsste man neu weder einen Terrorakt

vorbereiten noch ausführen. Es würde reichen, wenn die Polizei den Verdacht hat, man könnte in Zukunft terroristisch tätig werden. Das heisst, es geht noch nicht mal um "Gedankenverbrechen", sondern darum, ob die Polizei das Gefühl hat, dass jemand an Verbrechen denken könnte.

Das Gesetz sieht als Massnahme unter anderem Hausarrest vor, aber ohne Bezug auf die Begehung einer bestimmten Straftat und ohne jegliche Konkretisierung hinsichtlich Zeitpunkt, Ort oder möglichen Opfern. Jeder kann ohne Beweise auf blossen Verdacht hin bis zu sechs Monate unter Hausarrest gestellt werden. Dies stellt einen Freiheitsentzug dar und verstösst gegen die Europäische Menschenrechtskonvention: Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention verbietet es, einem Menschen das Recht auf Freiheit willkürlich aufgrund einer

Weiter auf Seite 4



ab Seite 2
Regierungsratswahlen

ABSTIMMUNGSPAROLEN Seite 4
29. NOVEMBER 2020

NATIONAL
JA zur Konzernverantwortungsinitiative
JA zur Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

KANTONAL
NEIN zum Nicht-Wohnschutzgesetz
NEIN zum Hafenbecken 3
JA zur Trinkgeldinitiative

BastA!
Basels starke Alternative

Abstimmungen

Seite 6
Grossratswahlen 2020

Montag, 23. November 19:00 Uhr

Koordination (Zoom)

Sonntag, 29. November

Abstimmung/Wahlen

Dienstag, 08. Dezember 19:00 Uhr

Koordination

**kurzfristige Termine und
Arbeitsgruppensitzungen
veröffentlichen wir auf der
Website: basta-bs.ch**

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 04/2020

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli, Mariann Gloor

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

Basel mückt auf

Es liegen turbulente Tage hinter uns. Wir haben einen erfolgreichen Wahlkampf geführt, der lustvoll, kreativ war und der es schaffte, wichtige Inhalte wie Klima, Gleichstellung oder Service Public zu thematisieren. Es gelang uns unsere Vision einer anderen Stadt, einer anderen Welt der Basler Bevölkerung zu transportieren. Dass dies gelang, verdanken wir dem grossen Engagement der Kandidierenden, die bei jedem Wetter auf die Strasse gingen, sich kreative Aktionen ausdachten und den politischen Diskurs mit unseren Themen mitprägten! Und weil die Menschen in Basel unsere Vision einer anderen Welt teilen, hatte die Liste 8 am 25. Oktober auch allen Grund zur Freude über die 5 neuen Grossratssitze, aber diese Freude hatte einen bitteren Nachgeschmack. Zum einen verfehlten wir das Ziel einer rot-grünen Mehrheit knapp. Zum anderen überraschte das Abschneiden von Elisabeth Ackermann uns alle. Zwar gab es einige Signale, die darauf hindeuteten, dass es kein Glanzresultat gibt, aber mit dem 9. Platz rechneten wir nicht.

Dass Elisabeth Ackermann nicht zum zweiten Wahlgang antritt, war dann die zweite Überraschung innerhalb weniger Stunden. Also galt es gemeinsam als rot-grünes Bündnis zu handeln, denn es steht viel auf dem Spiel. Der Verlust der rotgrünen Mehrheit im Regierungsrat hätte heftige Konsequenzen für ganz Basel und wichtige politische Ziele und wie Klima- oder Wohnpolitik, Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit stehen auf dem Spiel. Besonders dramatisch zeigt sich bereits jetzt die Verschärfung sozialer Ungleichheit in der Corona-Krise. In Zukunft wird sich noch deutlicher zeigen, dass es eine Politik braucht, die alle mitdenkt und niemanden zurückzulässt. Mit der Kandidatur von Heidi Mück, die gemeinsam mit Kaspar Sutter in den zweiten Wahlgang geht und mit Beat Jans, der für das Präsidialdepartement kandidiert, sind wir von BastA! überzeugt, den richtigen Impuls für eine starke rot-grüne Regierungsmehrheit zu setzen.

Heidi Mücks Einsatz in ihrer langjährigen politischen Laufbahn galt immer denjenigen, die oft nicht mitgedacht werden. Seit sie Politik macht, zeigt sie, dass sie ein offenes Ohr für all hat, sich nicht scheut, auch schwierige Themen aufzugreifen und sich dort stark macht, wo andere wegschauen. Heidi schafft es immer wieder auf eindrückliche Weise unterschiedlichste Menschen und Köpfe zusammenzubringen und stabile Lösungen zu erarbeiten.

Ihr Erfahrungsschatz speist sich nicht nur aus Parteiarbeit als langjährige Grossrätin

und Parteipräsidentin, sondern auch aus der Gewerkschaftsarbeit. Sie kennt die Lebensrealitäten der Menschen und weiss, wie man verhandelt. Ein Team zu führen, dass mitgestalten soll und darf, hat Heidi nicht nur als Geschäftsführerin Fachfrauen Umwelt sondern auch als Parteipräsidentin und als Mutter immer wieder bewiesen. Kurz: Heidi bringt Erfahrung, Wissen und ein grosses Netzwerk in die Regierungsarbeit ein.

Heidi Mück steht für eine Politik, die die sozialen Verhältnisse mitdenkt, sei das in der Frage der Klimakrise, in der Wohn- oder Steuerpolitik. Gerade in der momentanen Situation braucht es jemanden wie Heidi Mück, die sich stark macht und sich einsetzt, damit sich die Ungleichheiten nicht weiter verschärfen und Visionen hat, die nachhaltig, sozial und konkret sind.

Es ist immer das gleiche, sobald eine profilierte, dossiersichere und engagierte Frau wie Heidi Mück sich zur Wahl stellt, bekommen die Bürgerlichen Angst. Damit es uns gelingt, die rotgrüne Mehrheit zu erhalten, brauchen wir dein Engagement! Ausserdem leben wir gerade in spezielle Zeiten und ein Wahlkampf auf den Strassen wird nur eingeschränkt möglich sein! Teile also ihre Inhalte in den Social Media Kanälen, verteile Plakate, versende Postkarten. Wir brauchen aber auch finanzielle Unterstützung, sei sie noch so klein, um Plakate zu drucken, Content zu bewerben etc.

Wie du dich einbringen kannst, erfährst hier: <https://basta-bs.ch/regierungsrat>



Sina Deiss, Co-Präsidentin BastA!

Darum die rot-grüne Mehrheit erhalten

Der Wahlsonntag vom 25. Oktober hatte es in sich: Die Liste 8 konnte über 4 Sitzgewinne jubeln, die SP verlor hingegen Sitze und Elisabeth Ackermann landete in den Regierungsratswahlen auf dem enttäuschenden 9. Platz.

Obwohl es durchaus Signale gab, die darauf hinwiesen, dass die Wiederwahl von Elisabeth Ackermann keine reine Formsache sein wird, hat dieses Resultat doch alle überrascht, und eine nüchterne Analyse fällt entsprechend schwer.

Nachdem sich Elisabeth Ackermann dann ebenso überraschend entschieden hatte, nicht mehr zum 2. Wahlgang anzutreten, mussten die beteiligten Parteien rasch eine Lösung finden, um die rot-grüne Mehrheit in der Regierung zu erhalten. Der Entscheidungsprozess lief angesichts des enormen Zeitdrucks nicht reibungslos, doch nun steht mit Kaspar Sutter und Heidi Mück, sowie dem schon als Regierungsrat gewählten Beat Jans für das Regierungspräsidium das rot-grüne Team bereit.

Warum engagiert sich BastA! nun so leidenschaftlich für einen Regierungsratssitz, nachdem wir im Frühling noch entschieden hatten auf eine Kandidatur zu verzichten, da eine Co-Kandidatur keine Unterstützung der Bündnisparteien fand?

Die Situation hat sich mit dem Resultat des 1. Wahlgangs grundlegend geändert. Hatten wir im Frühling noch aus einer Position der unbestrittenen rot-grünen Regierungsmehrheit wie 2016 über eine Beteiligung als 5. auf der Liste diskutiert, geht es nun nicht mehr um den möglichen Ausbau, sondern um den Erhalt der Mehrheit. Und dafür braucht es alle verfügbaren Kräfte auf rot-grüner Seite.

Bei aller Kritik und Enttäuschung über die Regierungspolitik der letzten Jahre, die wir zu Recht als zu wenig mutig, zu wenig sozial, zu investorenfreundlich kritisierten, müssen wir uns bewusst sein, wofür die zur Wahl stehenden Kandidierenden der Bürgerlichen und der „Mittepartei“ GLP stehen und wie sich Basel-Stadt mit einer bürgerlichen Mehrheit entwickeln wird.

Klimagerechtigkeit, Wohnschutz, Gleichstellung, soziale Absicherung, Mindestlohn, Rechte für Sans Papiers, Chancengleichheit in der Bildung, Beiträge für Krankenkassenprämien, Grundeinkommen, Macht und Verantwortung teilen, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit gerecht aufteilen – das sind nur ein paar Beispiele für unsere politischen Ziele. Wir kämpfen für eine andere, eine gerechte und solidarische Welt.

Dass die beiden Kandidierenden des rechtsbürgerlichen Blocks diese Ziele nicht teilen, ist uns allen klar – dies entspricht auch ihrem politischen Programm. Aber auch die Kandidatin der GLP lässt keine Hoffnung aufkommen, dass die berechtigten Forderungen des Klimastreiks (Klimagerechtigkeit!) oder die Anliegen der Mieter*innen oder die Sorgen der Menschen, die sich von der zunehmenden Digitalisierung bedroht fühlen, bei ihr Gehör finden. Zu vage ist das politische Programm – falls es überhaupt ersichtlich ist – zu sehr ist die GLP darauf bedacht, ihr eigenes Süppchen zu kochen, um daraus den grösstmöglichen Vorteil zu ziehen.

Ein Verlust der rot-grünen Mehrheit im Regierungsrat wird zudem auch Auswirkungen auf die Departementsverteilung haben. Schon lange liebäugeln die Bürgerlichen mit dem Finanzdepartement und

dem Bau- und Verkehrsdepartement, denn damit könnten sie ihre Steuersenkungsgelüste und ihre Träume von freier Fahrt für den individuellen Motorverkehr verwirklichen. Und wir werden mit Referenden, Initiativen und sonstigen Aktionen beschäftigt sein, um das Schlimmste zu verhindern, anstatt uns für den dringend nötigen Systemwechsel zu engagieren und die rot-grüne Regierung mit mehr oder weniger sanften Schubsern auf die richtige Spur zu bringen.

Die verschiedenen Szenarien sind klar, es liegt nun an uns und unseren Bündnispartner*innen, ob wir die rot-grüne Regierungsmehrheit erhalten können. Es ist jetzt nicht der Moment für Grabenkämpfe, sondern wir müssen gemeinsam handeln.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren.



Heidi Mück, Co-Präsidentin BastA!

**Klimaschutz
und soziale
Verantwortung
für Basel**

**Kaspar
Sutter**
in die Regierung

**Heidi
Mück**
in die Regierung

**Beat
Jans**
ins Präsidium

Fortsetzung Seite 1

schwammigen Vermutung zu entziehen. Die Schweiz wäre damit die einzige westliche Demokratie, die eine willkürliche Freiheitsberaubung kennt. Es gibt nur eine Ausnahme: Die USA mit ihren Lagern in Guantanamo.

Sind wir alle Terrorist*innen?

«Als terroristische Aktivität gelten Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen.» (Art. 23e des neuen Gesetzes)

Das Gesetz verändert die Definition von Terrorismus, sie weicht neu massiv davon ab, was im internationalen Recht als Terrorismus verstanden wird. Terrorismus soll in der Schweiz nicht mehr zwingend an eine schwere Straftat gekoppelt sein. Neu ist die Rede von "Beeinflussung der staatlichen Ordnung durch Furcht und Schrecken". Damit könnte auch bisher legaler politischer Aktivismus als terroristisch verfolgt werden. Rechtlich öffnet das die Tür zum potentiellen Missbrauch, umso mehr, als das Schweizer Gesetz vorsieht, dass diese potenzielle Gefährdung nicht von einem Gericht beurteilt werden soll, sondern von der Bundespolizei.

Internationale Verantwortung

Es geht aber nicht nur um die Schweiz. Die Schweiz ist im Bereich der Menschenrechte (noch) eine Referenz. Was wir hier vorlegen, wird international beachtet – das sage nicht ich, sondern das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte:

«Der Entwurf für das Schweizer Anti-Terror-

Gesetz bricht internationale Menschenrechtsstandards, indem er die Definition von Terrorismus ausdehnt, und könnte zu einem gefährlichen Präzedenzfall werden für die Unterdrückung von politischer Opposition weltweit.»

Jeder autokratische Staat könnte sich in Zukunft bei eigenen, ähnlichen Gesetzen auf die Schweiz berufen und damit jegliche Kritik am Staat unterdrücken. In Ägypten wurde vor zwei Wochen der Menschenrechtsanwalt Bahey el-Din Hassan von einem Anti-Terror-Gericht zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt, weil er der Regierung vorgeworfen hatte, die vagen Anti-Terror-Gesetze zu missbrauchen, um die Opposition auszuschalten.

Hinzu kommt, dass das Gesetz auch gegen die UNO Kinderrechtskonvention verstösst: Massnahmen ohne gerichtliche Anordnung können bereits gegen Kinder ab 12 Jahren (respektive ab 15 bei Hausarrest) ausgesprochen werden.

Jetzt das Referendum unterzeichnen

Hier gibt es weitere vorfrankierte Unterschriftenbögen zum Ausdrucken

<https://wecollect.ch/projekte/referendum-gegen-willkurparagraph>



Till Kleisli, Koordination Basta!

Parolen vom 29. November in Kürze

National

JA zur Volksinitiative vom 10. Oktober 2016 «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative)

JA zur Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Kantonal

JA zur kantonalen Initiative «Aktive Basler Jugendkultur stärken: Trinkgeld-Initiative»

NEIN zum Hafenbecken 3

Grossratsbeschluss vom 12. Februar 2020 betreffend Ausgabenbewilligung zur Realisierung des Hafenbeckens 3

NEIN zum Nichtwohnschutz

Wohnraumfördergesetz Grossratsbeschluss vom 23. April 2020 betreffend Änderung des Gesetzes über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz, WRFG)

JA zur Trinkgeld-Initiative

ABSTIMMUNGEN

Am 29. November stimmen wir über die unformulierte «Trinkgeld-Initiative» ab. Diese will künftig mindestens 5% des ordentlichen kantonalen Kulturbudgets für die «aktive Basler Jugendkultur (auch Alternativ-, Pop-, Club- oder Subkultur) in allen Sparten» verwenden. Grundsätzlich ein sympathisches Anliegen. Durch die Unterscheidung in Jugend- und Hochkultur schafft die Initiative jedoch einen Graben, der für die Basler Kulturszene nicht förderlich ist.

Ausserdem wurde das «unformuliert» etwas zu wörtlich genommen. Was mit den Begriffen Jugend, Alternativ-, Pop-, Club- oder Subkultur gemeint ist, wird bewusst offen gelassen, heisst es im Argumentarium. Mit dieser Initiative stimmen wir also gewissermassen über eine «Katze im Sack» ab. Zählt die freie Theaterszene oder die

bildende Kunst für den Grossen Rat bei der Umsetzung zum Beispiel zur Subkultur? Ist Jugendkultur nur das, was von Jugendlichen in Eigeninitiative geschaffen wurde, oder zählen (für die Nachwuchsförderung wichtige) Institutionen wie das Junge Theater Basel auch dazu? Und reichen 5% des Kulturbudgets, wenn all diese zur Zeit unterfinanzierten Bereiche mitgedacht werden?

Langfristig brauchen wir keine Spaltung in Hoch- und Jugendkultur (egal wie der Grosse Rat diese Begriffe definiert). Langfristig brauchen wir eine Kulturpolitik, die alle Sparten und alle Bereiche mitdenkt, die kreative Freiräume für alle schafft und die die Kulturschaffenden einbindet. Dazu gehört auch die Jugendkultur, die einen festen Platz in den Budgets erhalten soll.

Kurzfristig ist diese Initiative aber ein Zeichen an die freien Kulturschaffenden, dass sie in der aktuellen Corona-Krise nicht vergessen gehen. Und ein Statement, dass Kultur in Basel wichtig ist. Diese Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung, bei entsprechender Umsetzung im Grossen Rat.

Darum empfiehlt Basta! ein Ja zur Trinkgeld-Initiative und wird sich im Grossen Rat für eine griffige Umsetzung einsetzen.



Kasimir Krneta, Koordination Basta!

Verantwortung kennt keine Landesgrenzen

International tätige Konzerne mit Sitz in der Schweiz sollen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die Tochterfirmen im Ausland verursachen, zur Rechenschaft gezogen werden können. Das fordert die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi), über die wir am 29. November abstimmen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, könnte man meinen. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Rohstoffgigant Glencore beispielsweise schert sich einen Dreck darum, unter welchen Bedingungen die Rohstoffe abgebaut werden. Dass dabei Flüsse vergiftet werden und Menschen zu Schaden kommen, tut dem lukrativen Geschäft schliesslich keinen Abbruch. Auch der Basler Agro-Konzern Syngenta verkauft tödliche Pestizide, die bei

uns schon lange verboten sind, mit verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt. Solchen Machenschaften will die Initiative einen Riegel schieben.

In eine ähnliche Richtung wie die Kovi zielt die Kriegsgeschäfte-Initiative. Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge soll die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt werden. Auch das liegt eigentlich auf der Hand. Oder möchten Sie wirklich, dass Ihr Altersguthaben in Firmen investiert wird, die Atomwaffen oder anderes Kriegsmaterial herstellen?

Die Schweiz ist ein reiches Land. Nicht zuletzt darum, weil Schweizer Banken und

Konzerne keine Skrupel haben, ihre Profite auf Kosten von Mensch und Natur im fernen Ausland zu erwirtschaften. Die Rede von der „humanitären Tradition“ der Schweiz ist längst zur leeren Floskel verkommen. Mit einem deutlichen Ja zu den beiden Initiativen können wir ein klein wenig Gegensteuer geben.



Martin Flückiger, Koordination BastA!

„Bschissgesetz“ missachtet Volksentscheid

«Immer weiter mit Verdrängung durch Massenkündigungen?»



Am 10. Juni 2018 wurde das Initiativpaket für mehr Mieter*innenschutz und ein Recht auf Wohnen von den Basler Stimmberechtigten rekordhoch angenommen. Vor allem die «Wohnschutzinitiative» erzielte mit 62% Ja-Stimmenein Resultat, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Es war klar, in der Basler Wohnpolitik muss nun ein anderer Wind wehen. Bürgerliche Partei- und Verbandsvertreter*innen sahen an jenem Abstimmungssonntag recht baff und zerknittert aus.

Die Retourkutsche kam aber bei der Umsetzung des Verfassungsauftrags. Die bürgerliche Mehrheit (inklusive GLP) ging nicht auf einen akzeptablen Vorschlag der vorberatenden Kommission ein und

erarbeitete in einer 8-stündigen Debatte im Parlament ein Gesetz, das zu keinem Schutz vor Verdrängung führt und den renditeorientierten Investoren weiterhin freie Hand für Massenkündigungen und unnötige Sanierungen lässt.

Folgende Punkte machen das Gesetz zu einem grossen „Bschiss“. Erstens werden lediglich die Hälfte der Wohnungen unter Schutz gestellt. Alle andere sind keiner kantonalen Kontrolle unterworfen. Verdrängungen durch Massenkündigungen wären also in ähnlichen Liegenschaften wie am Schorenweg und jetzt neu an der Rheinfelderstrasse oder Adlerstrasse weiterhin möglich. Grossinvestoren könnten ihre ungezügelte Renditemaximierungspolitik ungehemmt weiterführen. Zweitens wurden noch Ausnahmen hineingeschmuggelt: Liegenschaften mit weniger als 6 Wohnungen werden von den Schutzmassnahmen ausgeschlossen. Es bleiben also 34% der Wohnungen, die unter Schutz stehen. Der Schutz, beziehungsweise die kantonale Kontrolle,

kann drittens von den Investoren auf 0% reduziert werden, wenn den Mieter*innen bei Sanierungen nicht gekündigt wird. So können Vermieter und Immobilienfonds weiterhin durch massive Mietzinserhöhungen bis hin zur Verdoppelung des Mietzinses Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen vertreiben, da sie diese nicht

mehr bezahlen können.

Die bürgerlichen Kräfte im Parlament haben noch weitere Schlupflöcher eingebaut. Es reicht zum Beispiel, eine Liegenschaft in Stockwerkeigentum umzuwandeln, um den Wohnschutz zu umgehen. Auch wurde im Gesetz keine Mietzinslimite eingebaut. Dies ist aber eine klare Forderung des angenommenen Wohnschutzartikels in der Verfassung. Und nicht zuletzt werden ältere und langjährige Mieterinnen und Mieter „verseglet“. Der Verfassungsartikel zum Wohnschutz stellt sie unter besonderen Schutz, das „Bschissgesetz“ hingegen sieht nichts vor ausser einer unverbindlichen Beratungsstelle.

Das „Bschissgesetz“ muss also am 29. November mit aller Deutlichkeit abgelehnt werden.

Das Referendum wird neben dem MV Basel von SP, den Altersorganisationen, vertreten durch den "Verein55+ - Basler Seniorenkonferenz", BastA!, Grüne, Juso, JGB und VPOD getragen.



Patrizia Bernasconi, Grossrätin BastA!

Kurzinfo Grossratswahlen

Die Grossratswahlen 2020 waren für das Bündnis Grüne, BastA!, jgb ein Erfolg. Wir konnten in diesem Jahr vier neue Sitze erobern und den verlorenen Fraktionsitz im Kleinbasel zurück holen. Auch im Sorgenkind Riehen konnten wir das Bündnismandat verteidigen. Die neue Fraktion wächst schliesslich um zwei BastA! Mitglieder, zwei grüne Sitze und einen jgb-Sitz auf insgesamt 16 Mandate.

Das Ziel einer rot-grünen Grossratsmehrheit wurde leider verpasst. Dennoch wurde das Parlament weiblicher und grüner.

Die Fraktionsmitglieder Beatrice Messerli und Tonja Zürcher werden in den folgenden Seiten einen Diskussionsaufschlag machen, was der Sitzgewinn für uns bedeutet und was die zentralen Fragen der nächsten Legislatur sein könnten.

Kleinbasel: Michele Lachenmeier, Grüne; Tonja Zürcher, BastA!; Harald Friedl, Grüne; Beat Leuthardt, BastA!; Heidi Mück, BastA!; Fleur Weibel, Grüne

Grossbasel West: Raffaela Hanauer, jgb; Beatrice Messerli, BastA!; Oliver Bolliger, BastA!; Raphael Fuhrer, Grüne; Jürg Stöcklin, Grüne

Grossbasel Ost: Laurin Hoppler, jgb; Lea Wirtz, Grüne; Jo Vergeat, jgb; Jérôme Thiriet, Grüne; Oliver Thommen, Grüne; Patrizia Bernasconi, BastA!

Riehen: Marianne Hazenkamp-Von Arx, Grüne

AUSBLICK GROSSRAT - DISKUSSION

Klimagerechtigkeit kommt zuoberst auf die To-Do-Liste

Der 25. Oktober war eine Klimawahl und eine Frauenwahl. Dank dem grandiosen feministischen Streik und den anhaltenden Klimastreiks sind nicht nur die Forderungen aufgegriffen, sondern auch entsprechende Politiker*innen gewählt worden. Auch wenn die erhoffte linke Mehrheit ausblieb, sind die Voraussetzungen so gut wie noch nie, endlich mit grossen Schritten auf Klimagerechtigkeit und Gleichstellung hinzuarbeiten.

Diese Chance wollen wir packen! In den nächsten 4 Jahren werden Klimagerechtigkeit, also Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, zuoberst auf unserer politischen To-Do-Liste stehen.

Beim Klimaschutz ist es Zeit, echte Veränderungen anzupacken. Anstatt auf die Förderung von Elektroautos zu setzen – die genau gleich viel Platz verbrauchen, Unfälle verursachen und auch ökologisch nur eine ungenügende Verbesserung gegenüber fossilen Autos darstellen – muss die private Autonutzung vom Standard zur Ausnahme werden. Strassenflächen – sie machen einen Viertel des Stadtraums aus – sollen soweit sie nicht für ÖV, Velos und Taxis sowie Liefer- und Notfallfahrzeuge gebraucht werden, zu Spazierflächen, Spielplätzen, Parkanlagen, Cafés und Sitzbänken umgestaltet werden. Wir müssen es der Kantonalbank und der

Pensionskasse BS verbieten, Geld in fossile Energien oder Infrastrukturen zu stecken. Die Forderung ist schon lange auf dem Tisch, bisher blieb es aber beim netten Bitten. Im Baubereich braucht es Vorschriften, die den unnötigen Abbruch von Liegenschaften verbietet, um den Verbrauch von extrem CO2-intensivem Beton und Stahl zu minimieren. Energetische Sanierungen und der Ersatz von fossilen Heizungen muss noch stärker vom Kanton unterstützt werden, damit die Kosten nicht bei den Mieter*innen hängen bleiben. Wir wollen nicht weiter Zeit verschwenden und Klimagerechtigkeit bis 2030 in Basel umsetzen.

Klimagerechtigkeit heisst aber nicht nur Klimaschutz. Unsere Vision von der Zukunft ist die einer gerechten, offenen und lebenswerten Welt. Eine meiner Vorsätze für die neue Legislatur ist deshalb die Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuern. Das ist dringend nötig. In Basel-Stadt sind die Vermögen schweizweit am ungleichsten verteilt. Die zusätzlichen Einnahmen möchte ich einsetzen, um mit erhöhten kantonalen Beihilfen zur Ergänzungsleistung die Altersarmut zu überwinden – die insbesondere Frauen betrifft, – um die Pflege in Spital, Heimen und zuhause anständig zu finanzieren und um das Recht auf Wohnen umzusetzen. Wir wollen die Regularisierung von Sans-

Papiers vorantreiben. Eine starke Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und die Einführung eines Grundeinkommens sind längerfristige Ziele, die wir in den nächsten 4 Jahren aufgleisen sollten.

Die kantonale Abteilung für Gleichstellung soll in Zusammenarbeit mit bestehenden Angeboten zu einer richtigen Beratungs- und Anlaufstelle ausgebaut werden und Menschen unterstützen, die Opfer von Diskriminierung, sexueller Belästigung, Hassverbrechen und sexualisierte Gewalt geworden sind. In Bildung und Gesellschaftspolitik soll verstärkt auf die Überwindung von Vorurteilen aufgrund Geschlechtsidentität, Hautfarbe, Sexualität oder Religion hingearbeitet werden.

Wir haben viel vor! Damit wir das alles schaffen, brauchen wir die Unterstützung von euch allen.



Tonja Zürcher, Grossrätin BastA!

Chancengleichheit, Bildung und Geschlechtergerechtigkeit

BastA! setzte sich in der Vergangenheit für ganz unterschiedliche Themen ein und zugleich orientieren sie sich an einer bestimmten, solidarischen Haltung. Durch alle Bereiche zieht sich das Ziel, sich zum Wohl der ganzen Bevölkerung einzusetzen, also aller Menschen, die in Basel wohnen.

Dies wird auch für die kommende Legislatur und für alle gewählten Grossrät*innen und Grossräte des Bündnisses Grüne, BastA!, jgb Gültigkeit haben und genau aus dem Grund braucht es auch eine rot-grüne Regierung. Denn nicht allein der Grosse Rat schlägt Pfosten ein, es braucht auch eine Regierung, die die Geschäfte entsprechend aufgleist und vorbereitet.

In der kommenden Legislatur wird der Wohnraum und vor allem bezahlbarer Wohnraum für alle ein zentrales Thema sein. Dazu gehört auch die Stadtentwicklung und damit die verschiedenen Transformationsareale. Für diese fordern wir, dass mindestens ein Drittel der neu erstellten Wohnungen gemeinnützig und entsprechend für Menschen in prekären finanziellen Situationen gedacht sind. Sie sind darauf angewiesen, dass bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Zwei weitere Themen, die mich/uns auch in

der nächsten Legislatur beschäftigen werden sind Gleichstellung und Bildung. Verschiedene Vorstösse zum Thema Gendergerechtigkeit werden in den nächsten zwei Jahren von der Regierung beantwortet bzw. die Regierung muss die Umsetzung der Vorstösse in den Rat bringen. Die feministische Bewegung hat in den vergangenen Jahrzehnten einiges erreicht, von einer realen Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern sind wir aber noch weit entfernt, deshalb braucht es entsprechende Vorstösse im Grossen Rat. Auch die Erwerbsarbeit muss neu gedacht werden, denn in den Berufen, in denen vor allem Frauen arbeiten, sind wir weit weg von Lohngerechtigkeit. Es braucht eben nicht nur Lohngleichheit, sondern auch Lohngerechtigkeit. Spätestens die Coronakrise hat gezeigt, Applaus alleine genügt nicht.

Auch in der Bildung wollen wir gerechte Chancen für alle. Es muss alles unternommen werden, damit nicht die soziale Herkunft oder das Geschlecht über das Schicksal der Kinder bestimmen, sondern dass Chancengleichheit auch in der Schule oberste Priorität hat. Notwendigerweise braucht es eine Überprüfung des Schulsystems und des zurzeit herrschenden Leistungsgedanken, der sich in der Test- und Checkkultur zeigt. Und

es braucht eine Rückkehr zu einer Schule der Mitgestaltung und Mitbestimmung anstelle von messen, vermessen und benoten. Es braucht auch genaue Untersuchungen wie weit die Digitalisierung des Unterrichts die Chancengleichheit fördert oder ob auch hier Kinder aus wenig begüterten Familien Nachteile haben.

Im Weiteren gilt es die Frühförderung sowie das Fördern der Nachholbildung weiter auszubauen, um die Chancengleichheit zu erhöhen.

Selbstverständlich werden Verkehr- und Umweltthemen auch mit unseren neuen Grossrät*innen und Grossräten ein zentrales Anliegen im Grossen Rat sein. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den neuen und 'alten' Fraktionskolleg*innen und hoffe, dass wir mehr Abstimmungen gewinnen als verlieren.



Beatrice Messerli, Grossrätin BastA!

JUNGES GRÜNES BÜNDNIS NORDWEST

Das jgb geht als grosse Siegerin aus den Grossratswahlen hervor

Das junge grüne Bündnis konnte bei den Grossratswahlen vom 25. Oktober in Basel-Stadt grosse Erfolge einfahren. Raffaella Hanauer und Jo Vergeat konnten mit Spitzenresultaten ihre Sitze verteidigen. Sie führten die Liste 8 in ihren jeweiligen Wahlkreisen Grossbasel West und Grossbasel Ost sogar an! Ein unglaubliches Resultat machte auch Laurin Hoppler, der auf Anhieb den Einzug in den Grossen Rat schaffte und mit seinen 19 Jahren nun der jüngste Grossrat ist. Zudem lauern mit Fina Girard (Grossbasel West) und Anouk Feurer (Kleinbasel) zwei weitere jgb-lerinnen weit vorne auf der Nachrückenden-Liste. Das macht Mut für die Politik der nächsten Jahre.

Diese guten Resultate kommen aber nicht von ungefähr, schliesslich bestritt das jgb einen äusserst engagierten und motivierten Wahlkampf und war die mit Abstand aktivste Jungpartei im Vorfeld des Wahlsonntages. Die #Klimaboss-Kampagne fand sowohl

analog, als auch digital statt: Über 2000 Kondome wurden mit Slogans beklebt und zusammen mit Flyern auf der Strasse und an Schulen verteilt. Eine Pressekonferenz vor dem Rathaus wurde abgehalten, um auf die Dringlichkeit von Massnahmen gegen den Klimawandel hinzuweisen. Der Bahnhofplatz wurde mit einem grossen, grünen Kreide-Herz verschönert und diverse weitere Aktionen wurden in den Quartieren durchgeführt. Gleichzeitig bespielte das jgb sämtliche Social-Media-Kanäle, drehte Filmchen, postete Interviews mit den Kandidierenden, schrieb Kommentare und Forderungen und erreichte so auch trotz Corona viele, vor allem junge Menschen. Mit dieser Mobilisierung trug das junge grüne Bündnis massgeblich zum Wahlerfolg der Liste 8 bei, welche vier Sitze dazugewinnen konnte! Mit nun 18 Sitzen kann das Bündnis Grüne, BastA!, jgb in den nächsten vier Jahren mit noch mehr Nachdruck

Forderungen zu einem grüneren und sozialeren Kanton Basel-Stadt stellen.

Ein willkommener Nebeneffekt des Wahlkampfes: die jungen Grünen konnte einige neue, motivierte Mitglieder dazu gewinnen und sammelten viel Erfahrung im Durchführen einer solchen Kampagne. Das jgb geht also gut aufgestellt und motiviert in die kommenden Abstimmungskämpfe und freut sich, auch weiterhin gemeinsam mit unseren Mutterparteien für eine klimagerechte und gleichberechtigte Zukunft zu kämpfen.



Lorenz Kaufmann, jgb

NEIN zum Hafenbecken 3



**5x mehr Kleider - 5x mehr Haushaltsgeräte
– 5x mehr Smartphones – 5x mehr ...
KONSUM**

Am 29. November stimmen wir über ein Mega-Infrastruktur-Projekt ab, welches vollständig im Zeichen des globalen Wirtschaftswachstums steht. Das Gross-Containerterminal Gateway Basel Nord und das dazugehörige Hafenbecken 3 sollen gebaut werden, um den wachsenden Containerverkehr vom Schiff auf die Bahn zu bringen. Das Terminal und die Notwendigkeit eines neuen Hafenbeckens wird mit einer starken Zunahme des internationalen Containerverkehrs begründet

– wobei diese Annahmen völlig realitätsfern, ja abenteuerlich sind und einem kapitalistischen Wachstumswahn entspringen. Die angedachte Verlagerung würde ins genaue Gegenteil verkehrt: es käme zu 100'000 zusätzliche LKW-Fahrten in Basel. Das Ziel von 50% mehr Verlagerung auf die Bahn ist aus Effizienz- und Kostengründen völlig unrealistisch – zurzeit werden ganze 8% auf die Bahn verladen. Es braucht also nicht noch mehr Güterverkehr – sondern eine Umkehr zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Konsequent für den Klimaschutz: Basta! und das junge Grüne Bündnis lehnen beide diesen Wachstumswahn und die Zerstörung eines wertvollen Naturschutzgebiets ab.

Dieses überdimensionierte Containerterminal sowie der Bau des Hafenbeckens 3 zerstören die Diversität unserer Stadt und ein bedeutendes und wertvolles Naturschutzgebiet. Der jetzige Basler Rheinhafen soll neu landeinwärts platziert werden, um am Wasser neue teure Wohnungen bauen zu können. Dabei wird der aktuelle Hafen in

Kleinhüningen zerstört und zudem ein Monopol unterstützt, welches dieses Terminal nicht für die Landesversorgung, sondern für den internationalen Containerverkehr benötigt. Eine Modernisierung der bestehenden Hafinfrastruktur und allenfalls eine Neuplanung der Hafenbahn sind zeitgemässer, günstiger und würden zudem vollständig ausreichen. Wir brauchen eine nachhaltige Wirtschaft mit kurzen Wegen und keinen massiven Kapazitätsausbau für den globalisierten Welthandel. System Change statt Hafenausbau!



Oliver Bolliger, Grossrat Basta!

POLITISCHE KUNSTAUKTION

Mit künstlerischer Unterstützung in die Regierung – Auktion von Künstlerplakaten

Um den Wahlkampf von Heidi Mück zu unterstützen haben wir diverse Künstler angefragt, ob sie bereit wären eine Arbeit anzufertigen, die die Inhalte der Kampagne vermittelt. Die wunderbaren Beiträge die zusammen gekommen sind können jederzeit unter:

www.basta-bs.ch/künstlerplakate

eingesehen werden. Vielleicht bist Du dem einen oder anderen auch schon in den sozialen Medien begegnet.

Doch damit nicht genug, die Arbeiten können nicht nur in digitaler Form bestaunt werden, sondern sie können auch im Rahmen einer Onlineauktion erworben werden. Wer sich also ein politisch motiviertes Stück Basler Kunst (-Geschichte) sichern möchte, kann dies noch bis zum 29.11.2020 tun. Die Auktion findest Du ebenfalls auf der Seite:

www.basta-bs.ch/künstlerplakate.

Der Erlös der Versteigerung kommt selbstverständlich vollumfänglich der Wahlkampfkampagne zugute und trägt somit dazu bei unser Ziel zu erreichen: Mit Heidi die Links-Grüne Mehrheit in der Regierung zu sichern.



Kunstwerk von Mireille Gros